

# Der Anfang ist gemacht



Der Startschuss für die Tarifverhandlungen fiel am 26. Februar. Es geht um die allgemeine Lohnerhöhung für alle kommunalen Beschäftigten. Dazu zählen auch die Kolleginnen und Kollegen in den kommunalen Kitas und der Jugendhilfe.

## Die GEW verlangt:

- Sechs Prozent mehr Gehalt
- die Anhebung kleinerer Einkommen durch einen Mindestbetrag von 200 Euro
- die Anhebung der Jahressonderzahlung Ost auf das Niveau der West-Kommunen
- die tarifliche Eingruppierung für angestellte kommunale Lehrkräfte im Geltungsbereich des TVöD

In dieser Tarifrunde geht es vor allem ums Geld. Nur wenn die Gehälter regelmäßig erhöht werden, hält das Einkommen der Beschäftigten mit steigenden Lebenshaltungskosten und der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt. Die zentrale Forderung – eine Lohnerhöhung um sechs

Prozent – begründen die Gewerkschaften unter anderem damit, dass der öffentliche Dienst im Wettbewerb um dringend benötigte Fachkräfte attraktiver werden muss und sich nicht weiter von der Privatwirtschaft abhängen lassen darf. Während die Löhne in der Gesamtwirt-

schaft seit 2000 um 44,8 Prozent gestiegen sind, sind Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mit einer Lohnsteigerung von nur 40,6 Prozent schlechter gestellt. Das darf nicht sein, denn Geld für eine bessere Bezahlung ist vorhanden: Die Steuereinnahmen steigen seit Jahren, diese Entwicklung wird sich Experten zufolge voraussichtlich fortsetzen. Gleichzeitig sank die Verschuldung der Kommunen. Bei der Ermittlung einer konkreten Prozentzahl ihrer Lohnforderung beziehen sich die Gewerkschaften ferner auf zusammenfassende statistische Größen wie den Index der Verbraucherpreise, die Inflationsrate und den Anstieg der Arbeitsproduktivität.

## Weitere Zahlen im Detail:

- Laut Prognose der Beratungsfirma PwC aus dem Jahr 2017 sind 2030 rund 816.000 Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt.
- Einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2016 zufolge fehlen derzeit mindestens 110.000 Vollzeitstellen – bei



der Kinderbetreuung, in den Finanzverwaltungen, bei der Polizei und im Schulbereich.

- Die Steuereinnahmen wuchsen 2017 beim Bund um 4,1 Prozent und bei den Gemeinden um 6,7 Prozent.
- Alle Kommunen zusammen bauten ihre Verschuldung um 4,6 Milliarden Euro ab, der Bund verringerte seine Verschuldung im Vergleich zum Vorjahr um rund 30 Milliarden Euro.
- Durch die nach oben geschnellte Inflation betrug die Reallohnsteigerung 2017 nur 0,7 Prozent. Das ist weniger als die Produktivitätsentwicklung, die bei 0,8 Prozent lag.
- Für 2018 rechnet das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung (IMK) mit einer Erhöhung der Verbraucherpreise um 1,5 Prozent.
- Der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt wird 2018 nach Schätzung des IMK bei 1,0 Prozent liegen.

### Die Beschäftigten wünschen sich gute Arbeitsbedingungen

Die Beschäftigten wünschen sich nicht nur eine faire Bezahlung, sondern gute Arbeitsbedingungen. In Zeiten des Fachkräftemangels und wach-



sender Anforderungen an den öffentlichen Dienst erleben sie eine zunehmende Entgrenzung ihrer Arbeitszeiten, Stress und Arbeitsverdichtung. Sie fordern eine aufgabengerechte Personalausstattung, wirksame Maßnahmen zum Gesundheitsschutz und Entlastungen für ältere Beschäftigte. Sie fordern Anerkennung und Wertschätzung für ihre Arbeit. All dies sind wichtige Themen, für die sich die GEW unermüdlich stark macht. Nicht alle diese berechtigten Anliegen können tariflich geregelt wer-

den. Die Themen, die tariflich gelöst werden können, nehmen die Gewerkschaften in die Tarifverhandlungen mit. Streiken können wir diesmal nur für die Forderung nach den sechs Prozent, mindestens aber 200 Euro mehr Gehalt. Das Ziel, die Arbeitsbedingungen insgesamt zu verbessern, verlieren wir trotzdem nicht aus den Augen. Ein Beispiel dafür ist unser Engagement, in der Politik Mitstreiterinnen und Mitstreiter für ein echtes Kita-Qualitätsgesetz zu finden.

STEFAN BRASSE, GEW-Bund

